



Grüß Gott liebe Freunde,

die letzte Woche stand ganz im Zeichen der Bauwirtschaft: Mit Michael Kordon wurde ein neuer Präsident für die Autobahndirektion Südbayern bestellt. Gerade für unsere Projekte (Sanierung A92 und A93, B15n, B16-Ausbau und Weiterbau A94) ist Kordon der erste Ansprechpartner. Gemeinsam mit den Ingenieuren Dr. Werner Weigl als auch mit Karsten Sehlhoff aus unserer Region sowie mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer suchten wir nach Lösungen zu einer weiteren Beschleunigung der Planungsaufgaben.



© Florian Obner MdB

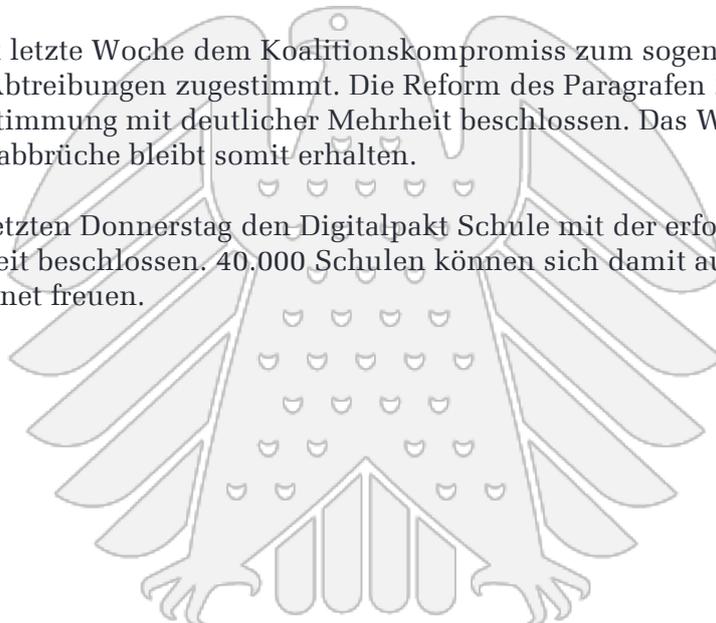




© Florian Obner MdB

Der Bundestag hat letzte Woche dem Koalitionskompromiss zum sogenannten Werbeverbot für Abtreibungen zugestimmt. Die Reform des Paragraphen 219a wurde in namentlicher Abstimmung mit deutlicher Mehrheit beschlossen. Das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche bleibt somit erhalten.

Auch haben wir letzten Donnerstag den Digitalpakt Schule mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen. 40.000 Schulen können sich damit auf neue Computer und besseres Internet freuen.





© Florian Obner MdB



© Florian Obner MdB



Zwei äußerst aufgeschlossenen Klassen aus den Mittelschulen Pfeffenhausen und Gerzen durfte ich im Bundestag Rede und Antwort stehen. Die Schüler hatten dabei eines vor allem im Fokus: Eine lückenlose Versorgung mit Mobilfunk und schnelles Internet. Allein das zeigt, wie stark dieses Thema auch die junge Generation bewegt.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr Florian Oßner MdB

§ 219a STGB

Werbung für Schwangerschaftsabbrüche bleibt verboten

Der Bundestag hat diese Woche dem Koalitionskompromiss zum sogenannten Werbeverbot für Abtreibungen zugestimmt. Die Reform des Paragraphen 219a wurde in namentlicher Abstimmung mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

Um Kompromiss wurde lange und zäh gerungen

"Um den Kompromiss des Gesetzes zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch hat die Koalition lange gerungen", so Volker Ullrich, innen- und rechtspolitischer Sprecher der CSU im Bundestag. Donnerstagabend wurde der Kompromiss schließlich verabschiedet. Das grundsätzliche Werbeverbot bleibt bestehen. "Damit schützt die CSU im Bundestag das ungeborene Leben, aber auch die schwangere Frau vor kommerzieller und unsachlicher Werbung", so Ullrich weiter. Der Paragraph 219a des Strafgesetzbuches soll künftig jedoch um einen weiteren Ausnahmetatbestand ergänzt werden. Danach sollen Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser und Einrichtungen öffentlich ohne Risiko der Strafverfolgung darüber informieren dürfen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Sie sollen darüber hinaus weitere Informationen über einen Schwangerschaftsabbruch durch Hinweis auf entsprechende Informationsangebote neutraler Stellen, die im Gesetz ausdrücklich benannt werden, zugänglich machen dürfen. Außerdem soll durch eine Änderung im Schwangerschaftskonfliktgesetz sichergestellt werden, dass es zukünftig eine von der Bundesärztekammer zentral geführte Liste mit Ärztinnen und Ärzten sowie



Krankenhäusern und Einrichtungen gibt, die mitgeteilt haben, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Zugleich soll Rechtssicherheit insbesondere für Ärzte und Krankenhäuser geschaffen werden.

Digitalpakt Schule

Der Digitalpakt Schule kommt



© picture alliance / Britta Pedersen / dpa-Zentralbild

Der Bundestag hat letzte Woche den Digitalpakt Schule mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen. 40.000 Schulen können sich damit auf neue Computer und besseres Internet freuen.

Grundgesetzänderung beschlossen

Der Bundestag hat eine Grundgesetzänderung für die Digitalisierung an Schulen beschlossen. Bund und Länder hatten sich im Vermittlungsausschuss auf einen entsprechenden Kompromiss geeinigt. Die Einigung sieht vor, dass der Bund künftig Geld für die Bildungsinfrastruktur zur Verfügung stellen kann. Der Bund stellt den Ländern innerhalb von fünf Jahren fünf Milliarden Euro für Laptops oder Tablets in den Schulen bereit. Damit können Schüler und Lehrer an 40.000 Schulen auf neuere Computer, besseres Internet und digitale Lehrmittel hoffen. Die Finanzhilfe soll zusätzlich zu eigenen Mitteln der Länder fließen. Die erste Projekte sollen bereits dieses Jahr



angeschoben werden. Der Bund behält hierbei die Kontrolle darüber, ob seine Finanzmittel auch tatsächlich für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden. Die Länder sollen zur Auskunft verpflichtet sein, wenn der Bund Berichte und Akten anfordert. Somit soll eine zielgerichtete Verwendung der Mittel gewährleistet werden.

Digitalisierung ist ein Querschnittthema

Direkt im Anschluss an die Abstimmung über den Digitalpakt stellte die Staatsministerin für Digitales, Dorothee Bär (CSU), die Umsetzungsstrategie der Bundesregierung "Digitalisierung Gestalten" vor. Zu Beginn ihrer Rede lobte Bär den Digitalpakt, da dieser den Weg zur digitalen Bildung geebnet habe. Dies war laut Bär längst überfällig. Im Zuge der Vorstellung der Digitalisierungsstrategie zeigte Bär das Hauptanliegen ihrer Strategie auf: Ziel sei es jeden Bürger in die Lage zu versetzen den digitalen Wandel selbst zu gestalten. Neben den klassischen Schulfächern brauche es künftig daher einen digitalen Kanon an Grundfertigkeiten wie programmieren, Datenanalyse, Robotik, aber auch digitaler Ethik, so Bär. Zur digitalen Transformation in Deutschland gehören nicht nur eine Führungsposition in der Forschung, sondern langfristig auch gesteigerte Fertigkeiten im Bereich der künstliche Intelligenz (KI). Deswegen investiere man nun in zusätzliche 100 KI-Professuren. Bär will bei der digitalen Revolution aber auch die Menschen in Deutschland mitnehmen: "Wir wollen jede Bürgerin und jeden Bürger in die Lage versetzen, den digitalen Wandel selbstbestimmt mitgestalten zu können und vor allem verantwortungsvoll mit den Risiken umzugehen."





Münchener Sicherheitskonferenz

Aktuelle Stunde zur Münchener Sicherheitskonferenz



© picture alliance / Thierry Monasse / dpa

Im Anschluss an die Münchener Sicherheitskonferenz, welche vom 15. - 17. Februar stattfand, haben die Bundestagsfraktion am Mittwoch, den 20. Februar 2019, in einer Aktuellen Stunde über die Zukunft des Multilateralismus debattiert.

Multilateralismus stärken

Als Konsequenz aus der konfliktreichen Münchener Sicherheitskonferenz hat sich der Bundestag mit breiter Mehrheit zur internationalen Zusammenarbeit und einer regelbasierten Weltordnung bekannt. Die Stärkung des Multilateralismus ist für die Regierungsfractionen das Gebot der Stunde. Bei der Sicherheitskonferenz waren Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ebenso zutage getreten wie Spannungen im Verhältnis zu Russland und China. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte in ihrer Rede in München die Alleingänge Präsident Trumps verurteilt, vor allem kritisierte die Bundeskanzlerin die gegen Deutschland gerichtete Handelspolitik der Trump-Regierung. In der Aktuellen



Stunde unterstrich Christian Schmidt (CSU) die Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik, vor allem auch die transatlantische Komponente der deutschen Sicherheitspolitik.

Zwei-Prozent-Ziel von Wales erreichen

Schmidt würdigte besonders die Rolle der NATO: So bekannte sich Schmidt in seiner Rede zum Zwei-Prozent-Ziel von Wales. 2002 wurden die baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien und die Slowakei eingeladen, Mitglieder der NATO zu werden. Eine Bedingung war es, "genügend Ressourcen" in die Verteidigung zu investieren. Der Richtwert für jeden Aspiranten lautete zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts. Aber auch jene Staaten, die der NATO bereits angehörten, sollten dieses Ziel anstreben. Festgeschrieben wurde das Zwei-Prozent-Ziel noch einmal 2014 beim NATO-Gipfel in Wales. Das war nach der Annexion der Krim und dem Kriegsausbruch in der Ukraine. Konkret wurde in Wales beschlossen, dass die NATO-Staaten "darauf abzielen, sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von zwei Prozent zuzubewegen" und mindestens 20 Prozent davon in "neues Großgerät einschließlich damit zusammenhängender Forschung und Entwicklung" zu investieren. Schmidt unterstrich, dass folglich die Verteidigungsausgaben sich hieran orientieren müssten. "Sie sind kein Selbstzweck, aber eine Notwendigkeit zur Vertrauensbildung und zur Lückenschließung", so Schmidt.

Impressum

Herausgeber: Florian Ossner MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 999

E-Mail: florian.ossner@bundestag.de

Fax: 030 / 227 76 999